

362/AE XXI.GP

Eingelangt am: 18. 01. 2001

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Evelin Lichtenberger, Freundinnen und Freunde

betreffend Erhaltung und Attraktivierung der Ausserfernbahn

Die Ausserfernbahn in Tirol mit grenzüberschreitenden Anschlüssen nach Bayern ist fester Bestandteil aller von den ÖBB unter den Augen des Eigentümers Bund ventilerten Einstellungspläne im sogenannten "Nebenbahnnetz". Dies, obwohl stets deklariertes Interesse der regionalen Wirtschaft an nicht nur Aufrechterhaltung, sondern Verbesserung des Güterverkehrs vorlag und obwohl im Personenverkehr mehrere hunderttausend Fahrgäste jährlich befördert werden. Die Strecke wurde zuletzt über Jahre hinaus ausgehungert und unattraktiv gemacht, was auch nötige Investitionen auf deutscher Seite erschwert hat.

Spätestens seit Frühjahr 2000 sucht die ÖBB vehement nach Möglichkeiten, aus dem Betrieb der Strecke der Ausserfernbahn in Tirol auszusteigen. Die Verpflichtung zur Weiterführung des Personenverkehrs auf der Schiene wurde allerdings im Verkehrsdienstvertrag zwischen ÖBB und dem Land Tirol festgelegt. Wie Medienberichten zu entnehmen war, will das Land Tirol jedoch die Bundesbahnen nicht aus der Verantwortung entlassen und das beabsichtigte Aus der Ausserfernerbahn notfalls vor Gericht bekämpfen. Diese Haltung des Landes zugunsten der Aufrechterhaltung der Ausserfernerbahn soll auch bei künftigen Verhandlungen beibehalten und von Bundeseite unterstützt werden.

Im Jänner 2000 wurde das Ergebnis der INTERREG - Studie „Zukunft der Ausserfernerbahn - Machbarkeits - und Marketingstudie“ präsentiert. Diese, von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, dem Amt der Tiroler Landesregierung, der ERA Regio Ausserfern finanzierte und von der EU kofinanzierte Studie kommt zum Schluß: „Vor allem, wenn es gelingt, gemeinsam mit den regionalen Entscheidungsträgern aus Politik, Tourismus und Verkehr, den Bahnverwaltungen und den Aufgabenträgern bzw. Mitfinanzierern des Schienenpersonennahverkehrs die touristischen Potentiale durch ein zielgruppenspezifisches Marketing verstärkt zu akquirieren, sowie die Konkurrenzsituation zwischen Bus und Bahn aufzuheben, sind die Aussichten für die Ausserfernbahn als sehr positiv einzuschätzen.“

Mit diesen unter nennenswertem Einsatz öffentlicher Mittel belegten Zukunftsaussichten wäre es weder volkswirtschaftlich noch verkehrspolitisch oder regionalpolitisch vertretbar, die bestehende Eisenbahninfrastruktur zu zerschlagen. Vielmehr sind die in der oben erwähnten Studie angeführten Lösungsmöglichkeiten mit den in Betracht kommenden Partnern zu realisieren. Dabei soll der Bund als im Studienergebnis unmittelbar angesprochener zentraler Mitverantwortungsträger zusammen mit dem Land Tirol als Motor die Umsetzung aktiv vorantreiben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert,

a) den Intentionen der ÖBB, den Betrieb auf der Ausserfernerbahn einzustellen, eine eindeutige und endgültige Absage zu erteilen und jedenfalls auf der Erfüllung des Verkehrsdienstvertrages bis zum Vertragsende 2007 zu bestehen;

b.) in Umsetzung der Ergebnisse der auch mit öffentlichen Mitteln mitfinanzierten INTERREG - Studie „Zukunft der Ausserfernerbahn - Machbarkeits - und Marketingstudie“ die Attraktivierung und damit den Fortbestand der Ausserfernerbahn als wintersichere Verbindung des Ausserfern mit dem Tiroler Zentralraum über das Jahr 2007 hinaus aktiv und federführend zu betreiben und zu unterstützen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuß vorgeschlagen.